

**Brüssel, Jerusalem und Washington:
Sanktionen und Verhandlungen
(mit regelmäßigen Fortschreibungen)¹**

Israelische Medien berichten erstmals am 16. Juli 2013 über die Direktive des „European External Action Service (EEAS)“ der Europäischen Kommission vom 28. Juni – und veröffentlicht am 19. Juli 2013 im „Official Journal of the EU Commission“ –, die in der „Territorialklausel“ den Institutionen der Union die finanzielle Förderung von Krediten und wissenschaftlichen Arbeiten, die Zusammenarbeit sowie die Vergabe von Stipendien und Preisen an israelische Unternehmen mit Sitz in der Westbank, auf den Golanhöhen und in Ost-Jerusalem verbindlich untersagt. Bei künftigen Verträgen müsse die israelische Regierung schriftlich zusagen, dass die Siedlungen in der Westbank nicht Teil Israels seien. Die Zusammenarbeit etwa mit dem israelischen Justizministerium mit Sitz in Ost-Jerusalem sei nur dann erlaubt, wenn sie sich auf das Territorium Israels in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967 bezieht.

Auf Befragen des US-Sonderbotschafters für den Nahen Osten George Mitchell soll im Jahre 2009 der ehemalige Botschafter in Ägypten und Israel Daniel C. Kurtzer dazu geraten haben, dass Barack Obama seit langem privat ventilierte politische Optionen überprüfen solle wie die Streichung von Gütern der Siedlungen aus dem bilateralen Freihandelsvertrag oder wie die Blockade von

¹ Vgl. den Appell ehemaliger führender Staatsleute und Diplomaten: http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_erklaerungen/EEPG-Israel-Deutsch_15.09.13.pdf, und den Beitrag von Andres Persson: Die neuen „EU-Guidelines“ zu den Siedlungen entfalten schon Wirkung: http://www.reiner-bernstein.de/pdf/veroeffentlichung/Persson-Guidelines_09.10.13.pdf.

Schlupflöchern bei der Steuerminderung von Spenden für Siedlergruppen².

Nach Auskunft europäischer Repräsentanten wird mit der Direktive die Entscheidung der EU-Außenminister vom Dezember 2012 vollzogen, dass alle Verträge zwischen dem Staat Israel und der EU unzweideutig und ausdrücklich nicht auf die Gebiete anwendbar sind, die Israel 1967 besetzt hat. In der Kommission heißt es, dass mit der Direktive einem Boykott Israels vorgebeugt werden soll. Die Anweisung soll am 19. Juli im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden, woran dann alle 28 EU-Staaten gebunden sind, und am 01. Januar 2014 in Kraft treten. Am 18. Juli meldet „Haaretz“, dass der britische Delegierte in Israel die Erweiterung der Direktive auf alle israelische Personen vorschlägt, die in den besetzten Gebieten wohnen. Hingegen habe der deutsche Delegierte die kritische Frage nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Vorlage gestellt.

Ebenfalls am 18. Juli fordert Israels Staatspräsident Shimon Peres die EU auf, ihre Leitlinien nicht zu veröffentlichen, um die bevorstehende Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Palästinensern nicht zu torpedieren. Die Sanktionen, so Peres, seien „unverantwortlich“³. Am selben Tag begründet die EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragte Catherine Ashton den Brüsseler Vorstoß⁴.

² Peter Beinart: The Crisis of Zionism. New York 2012, S. 136.

³ Der Text der EU-„Guidelines“ ist in der Menüleiste „Genfer Initiative – Begleitende Dokumente“ abrufbar. Einen interpretatorischen Überblick bietet der Beitrag von Jörg Knocha „TheEU’s New Guidelines on Israel: A Bureaucratic Move Leads to a Earthquake“, in „Palestine-Israel Journal“ 19(1&2)2013, S. 149 ff. Vgl. den Beitrag von Ines Elias, Yaara Saadi und Rona Moran „Ein Boykott der Siedlungen, nicht ganz“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ in dieser Homepage.

⁴ Der Text der Erklärung Ashtons ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ abrufbar.

Am 02. August berichtet Barak Ravid in „Haaretz“, dass am 28. Juni der Entwurf des Dekrets allen europäischen Mitgliedsstaaten und am 05. Juli auch der israelischen Botschaft in Brüssel zugestellt worden sei, wobei die dort stationierten Diplomaten die Tragweite der Vorlage nicht verstanden hätten, obwohl der in der EU für Nordafrika, den Nahen Osten, die Arabische Halbinsel, Iran und Irak zuständige Direktor Christian Berger, der den Text mit wenigen Kollegen verfasst habe (wahrscheinlich um Durchstechereien zu verhindern), „unter dem Radar“ der israelischen Diplomaten stehe.

Am 16. Juni verwarft sich der deutsche Botschafter in Israel Andreas Michaelis gegen den in der „Jerusalem Post“ erhobenen Vorwurf, Deutschland sei in seine dunkelste Vergangenheit zurückgekehrt. Unter Verweis auf die Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Israel, das eine steuerliche Vorzugsbehandlung von Produkten jenseits der Grünen Linie ausschließe, fragt Michaelis, ob die Bundesregierung plötzlich eine revisionistische Politik gegenüber Israel betreiben und den jüdischen Staat betrügen solle. Habe Deutschland in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Israel und die jüdischen Gemeinden in aller Welt nicht äußerstem Respekt und Sympathie bewiesen? Die Einhaltung der Vorgaben des Assoziierungsabkommens habe nicht mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu tun, sondern mit der korrekten Kennzeichnung von Produkten.

US-Außenminister John Kerry stimmt Netanjahu auf einer Pressekonferenz am 17. Juli in Amman zu, dass nur Israelis und Palästinenser selbst den Konflikt beenden können. Kerry plädiert für einen „ruhigen Prozess“, an dem die beiden Parteien

jetzt arbeiten würden, und er gratuliere ihnen dazu. Auf Nachfragen von Journalisten erläutert Kerry, dass innerhalb von drei Jahren die Arbeitslosenraten „auf dem palästinensischen Gebiet“, und zwar Westbank und Gazastreifen, von gegenwärtig 21 auf 8 Prozent gesenkt und das Bruttosozialprodukt verdoppelt werden können. Die Existenzsicherung sei nicht nur für Israel, sondern auch für die USA sowie für die Alliierten und Freunde Israels sehr wichtig. Der jordanische Außenminister Nasser Judeh reagiert mit der Bemerkung, dass die politische Lösung den Weg des Erfolgs für die Wirtschaft und die Sicherheit ebnen werde. Die Gespräche Netanjahus, von Peres und Justizministerin Tsipi Livni mit US-Präsident Barack Obama, EU-Präsident Manuel Barroso und der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton am 18. Juli bleiben ergebnislos.

Ein hoher Beamter des State Department wird mit den Worten zitiert, dass die Europäer zusätzliche Maßnahmen ergreifen könnten, sollte US-Außenminister John Kerry mit seinen Bemühungen scheitern. Damit sei die Administration unter zeitlichen Druck geraten. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ermahnt die Europäer, sie sollten sich mit dem syrischen Bürgerkrieg und dem iranischen Nuklearprogramm befassen. Er werde nicht zulassen, „dass Hunderttausenden Israelis in Judäa, Samaria, auf den Golanhöhen und in unserer vereinigten Hauptstadt Jerusalem Schaden zugefügt“ werde, und werde „keine auswärtigen Diktate bezüglich unserer Grenzen akzeptieren“. Die Frage könne nur durch direkte Verhandlungen mit den Palästinensern entschieden werden.

In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“, das am 16. Juli vorab veröffentlicht wird, beklagt Netanjahu, dass mit der EU-Regelung „eine politische und ökonomische Berliner Mauer im Zentrum von Jerusalem errichtet“ werden solle. Am 18. Juli

werden der britische und der französische Botschafter sowie der deutsche Geschäftsträger einbestellt. Wirtschaftsminister Naftali Bennett, der die Partei „Das jüdische Haus (haBait haYehudi)“ führt, bezeichnet den europäischen Vorstoß als einen „ökonomischen Terrorakt“.

Kommentare & Reaktionen

Der „Rat der Siedlungen in Judäa und Samaria“ fordert die Regierung auf, alle EU-Projekte in der Zone C der Westbank – sie umfasst mehr als 60 Prozent dieses Gebiets – zu verbieten, bis die Kommission ihre Direktive zurückzieht. Yuval Steinitz, Minister für die internationalen Beziehungen und ein Vertrauter Netanjahus, spielt die Bedeutung des Leitfadens herunter: Israel soll die Wirkungen dieser „ärgerlichen Verwaltungsvorschriften nicht übertreiben“. Der Vorsitzende des Rates der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza David Perl verlangt, die Zone C sofort zu annektieren, weil sie Teil des jüdischen Heimatlandes sei. Israels ehemaliger Parlamentspräsident Reuven Rivlin hatte schon früher die Auffassung vertreten, es sei besser, den Palästinensern die israelische Staatsbürgerschaft zu geben, als das Land Israel zu teilen. Am 18. Juli macht der frühere israelische Botschafter Alan Baker in einem Beitrag für das rechtsgerichtete „Jerusalem Center for Public Affairs“ unter Leitung von Dore Gold klar, dass das jüdische Volk seit der Konferenz des Völkerbundes in San Remo 1920 den Anspruch auf eine Heimstätte in allen Teilen Palästinas habe und dass auch deshalb die Inbesitznahme der Westbank seit 1967 dem internationalen Recht nicht widerspreche, so dass auch Artikel 49 der Genfer Konvention – die Ansiedlung von Juden – keine Anwendung finden könne.

Dagegen begrüßt „Peace Now“ den Schritt der Europäer. Die linksbürgerliche Partei „Meretz“ warnt die Regierung in Jerusalem, dass die Sanktionen im Tragen kommen würden, sollte sie sie nicht ernst nehmen. Die Vorsitzende der Arbeitspartei Shelly Yachimovich richtet am 18. Juli an Netanjahu einen Offenen Brief, in dem sie ihn auffordert, die Verhandlungen sofort aufzunehmen, um den demokratischen und jüdischen Charakter Israels zu realisieren. Hanan Ashrawi, Mitglied des Exekutivausschusses der PLO, betont am 17. Juli, dass die EU die richtige Entscheidung getroffen habe, indem sie von Erklärungen und kritischen Urteilen zu einer effektiven Politik übergehe. Am 18. Juli verweigert die palästinensische Führung mehrheitlich die Zustimmung zu den vorliegenden Informationen Kerrys zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Ebenfalls am 18. Juli interpretiert Nehemia Shtrasler die Erregung der politischen Rechten damit, dass im Falle der Sanktionen jeder Israeli die Konsequenzen in seinem Geldbeutel spüren werde.

Die „Jerusalem Post“ zitiert am 17. Juli einen hohen israelischen Diplomaten (wobei es sich wahrscheinlich um den stellvertretenden Außenminister Zeev Elkin handelt) mit den Worten, dass herausgefunden werden müsse, ob die Direktive auf einen diplomatischen Prozess oder auf die Übereifrigkeit von Brüsseler Beamten zurückzuführen sei. Die EU-Delegation in Israel macht klar, dass die Hebräische Universität auf dem Mount Scopus und das Hadassah-Krankenhaus als „israelische Enklaven“ seit 1948 einen speziellen Status hätten und weiter finanziell unterstützt würden. Auch die „Genfer Initiative“ und „Peace Now“, soweit sie in den palästinensischen Gebieten tätig sind, sollen nicht den geplanten Sanktionen unterworfen werden.

Der Fortgang des politischen Prozesses

Am 17. Juli meldet „Haaretz“ aus einem Bericht des Staatskontrolleurs, dass sich dieser darüber beklage, dass die 1981 eingerichtete Zivilverwaltung die Planungsgesetze für die Siedlungen aus Furcht vor der Reaktion von Siedlern nicht durchsetze und Rechtsverletzungen nicht durchsetze. Die Zivilverwaltung weist in ihrer Antwort auf den Personalmangel hin. Der Hauptkommentar von „Haaretz“ am 19. Juli macht darauf aufmerksam, dass der Staat gemäß dem Bericht des Staatskontrolleurs die ihm zustehenden Abgaben von Steuern aus 83 Siedlungen im Wert von 50 Millionen Neuen Shekel (\approx 10,6 Millionen Euro) nicht einziehe.

In einem Gastbeitrag für die „New York Times“ am 18. Juli kritisiert Israels Finanzminister Yair Lapid scharf die EU-Richtlinien. Sie würden den palästinensischen Extremisten helfen und Präsident Machmud Abbas signalisieren, dass er nicht verhandeln müsse, weil die Europäer den Job für die Palästinenser tun.

Am Abend des 19. Juli verkündet Kerry in Amman, dass eine Vereinbarung erreicht sei, wie eine Grundlage für die Wiederaufnahme von Gesprächen“ bilde. Die ersten Gespräche sollen unter Leitung von Justizministerin Tsipi Livni, begleitet von dem Netanjahu-Intimus Yitzhak Molcho, und Chefunterhändler Saeb Erakat kommende Woche in Washington stattfinden sollen. Die Endstatus-Verhandlungen sollen innerhalb von neun Monaten abgeschlossen sein, ist zu hören⁵. Am 20. Juli führt Livni in einem Rundfunkinterview aus, keine zionistische Partei müsse die Sorge haben, dass sich Israel in

⁵ Vgl. die fortlaufenden Eintragungen in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

den bevorstehenden Verhandlungen auf die Rückkehr zur „Grünen Linie“ einlässt. Sie, Livni, kenne die Details der Vereinbarungen mit Kerry, sie seien von Netanjahu gebilligt worden. Nach einem Gespräch mit Erakat in Jericho teilt der israelische Umweltminister Silvan Shalom am 25. Juli mit, dass die Gespräche in Washington am 30. Juli beginnen sollen. Am 24. Juli teilt die israelische Zivilverwaltung für die Westbank mit, dass das Transportministerium unter Leitung von Israel Katz („Likud“) nach der Verweigerung der Zusammenarbeit durch die Autonomiebehörde elf Gleisanlagen für eine 473 lange Bahnlinie durch die Westbank mit 30 Stationen in Angriff nehme, wofür bereits rund 1 Million Neue Shekel (\approx 213.000 Euro) im Planungsprozess aufgewendet worden seien. Die Züge sollen Beersheva, Hebron, Jerusalem, Nablus und Jenin anfahren und im Endstadium auch Syrien und Jordanien erreichen. Nach einem Zeitungsbericht vom 26. Juli werden französische und deutsche Diplomaten am kommenden 29. Juli erstmals an der Sitzung des Planungsrates der israelischen Zivilverwaltung für die Westbank teilnehmen, wenn es um die Zukunft der palästinensischen Bewohner zweier Dörfer in den Bergen von Süd-Hebron geht.

Nach einem Bericht von Barak Ravid in „Haaretz“ hat Netanjahu in den Gesprächen mit US-Außenminister Kerry zugesagt, in den kommenden sechs bis neun Monaten die Zahl der Ausschreibungen für Bauten in der Westbank auf rund eintausend zu beschränken, und zwar vornehmlich in den beiden Siedlungsblocks Maale Adumim und Gush Etzion. In einem Gespräch mit dem Londoner „Daily Telegraph“ betont der für die Geheimdienste und die strategische Sicherheit zuständige Minister Yuval Steinitz, dass der Status Jerusalems im Zuge einer Zweistaatenregelung nicht verhandlungsfähig sei. Nach einem Zeitungsbericht werden französische und deutsche Diplomaten am kommenden 29. Juli erstmals an der Sitzung des

Planungsrates der israelischen Zivilverwaltung für die Westbank teilnehmen, wenn es um die Zukunft der palästinensischen Bewohner zweier Dörfer in den Bergen von Süd-Hebron geht. Am 26. Juli verfügt Verteidigungsminister Moshe Yaalon als Vergeltung gegen die EU-Verfügung vom 16. Juli die Blockade für europäische Hilfen zugunsten der rund 150.000 Palästinenser in der Zone C der Westbank. Danach sollen Projekte eingefroren, Arbeitstreffen abgesagt, die Zusammenarbeit und die Ausgabe von Genehmigungen für Hilfsorganisationen eingeschränkt werden. Außerdem soll letzteren der Zugang in den Gazastreifen erschwert werden. EU-Diplomaten, die in die Westbank reisen wollten, würden künftig nur noch wie Touristen behandelt.

Nach einem Bericht der in London erscheinenden arabischen Zeitung „Al-Hayyat (Das Leben)“, aus der die „Jerusalem Post“ am 28. Juli zitiert, sollen die USA der Palästinensischen Autonomiebehörde die Zusicherung gegeben haben, dass sie keinem palästinensischen Staat in vorläufigen Grenzen im Rahmen eines Interimsabkommens zustimmen würden.

Benjamin Netanjahu bringt in die sonntägliche Kabinettsitzung am 28. Juli einen Gesetzentwurf ein, der das am 22. November 2011 mehrheitlich verabschiedete Gesetz über ein Referendum zur Zukunft Ost-Jerusalems und der Golanhöhen – beide waren 1980 bzw. 1982 annektiert worden – im Falle eines Friedensvertrages mit den Palästinensern einem Volksentscheid oder der Knesset unterwerfen soll. In dem Entwurf heißt es, dass ein Vertrag oder eine Regierungsentscheidung, das „die Geltung des Gesetzes, der Rechtsprechung und der Verwaltung von Gebieten des Staates Israel“ in einem Referendum bestätigt werden müsse. Der Entwurf, der auf die Benennung der Westbank verzichtet, soll am 31. Juli, also einen Tag nach Beginn der israelisch-palästinensischen Gespräche in

Washington – in erster Lesung im Parlament debattiert und als Gesetz in den Rang eines Grundgesetzes („Basic Law“) erhoben werden. Damit wäre es der Normenkontrollklage des Obersten Gerichts entzogen. Beim Staatsempfang am 28. Juli in Litauens Hauptstadt Vilnius („Wilna“) durch Präsident Andris Berzins ermahnt Staatspräsident Shimon Peres die Europäische Union, gegenüber den in Washington beginnenden israelisch-palästinensischen Gesprächen Zurückhaltung an den Tag zu legen.

Am Morgen des 30. Juli kommt Barack Obama mit Tsipi Livni und Saeb Erakat zu einem halbstündigen Gespräch zusammen. Am selben Tag hebt ein hoher Beamter des State Department, dessen Name bewusst ebenso wenig genannt wird wie der des Weißen Hauses, auf der außergewöhnlich langen Pressekonferenz die „starke Unterstützung“ des Präsidenten für John Kerry hervor. In diesem Sommer würden die Verhandlungen beginnen, die in neun Monaten abgeschlossen sein sollen. Die Administration gebe sich jedoch als Helfer („facilitator“) – „Wir haben noch nicht entschieden, ob die Rolle der USA darin besteht, Gräben [zwischen den Parteien] zu überbrücken, oder versuchen, die Parteien vorwärts zu drängen“ oder sich an den Verhandlungen zu beteiligen – keinen Illusionen über die Schwierigkeiten der zu bewältigenden Aufgaben hin. Auf die Frage einer Korrespondentin betont der Vertreter des Weißen Hauses, die Palästinenser hätten nach der Abstimmung am 29. November 2012 in der UN-Vollversammlung klargestellt, dass sie an der Erweiterung ihres Status festhalten würden, wenn in der Zwischenzeit kein „Fortschritt an der Friedensfront“ erreicht würde. In zwei Briefen an Israel und an die Palästinenser mit Zusicherungen, deren genauer Inhalt unter Verschluss gehalten („classified“) wird, sollen die USA erklärt haben, dass die künftigen Grenzen Israels nicht mit der „Grünen Linie“ von 1967 identisch sein, sondern Änderungen gemäß der

„reality on the ground“ verlaufen sollten. Außerdem würde Washington Israel als jüdischen Staat bezeichnen und die Position vertreten, dass die palästinensischen Flüchtlinge in den künftigen Staat Palästina zurückkehren. Bei einem gemeinsamen Auftritt mit Tsipi Livni und Saeb Erakat am 30. Juli im State Department bestätigt John Kerry, dass die Verhandlungen in neun Monaten abgeschlossen sein sollten. Nicht nur Israel, sondern auch die Palästinenser hätten legitime Sicherheitsinteressen. In Absprache mit beiden Seiten sei nur er, Kerry, befugt, über die Inhalte der Verhandlungen öffentlich zu berichten. Am 01. August fordert Barack Obama in einem Telefonat von Benjamin Netanjahu und Machmud Abbas auf, die Verhandlungen zu beschleunigen.

Am 02. August berichtet Amira Hass in „Haaretz“, dass der israelische Regionalrat unter Führung dortiger Siedler für das Jordantal und die Zionistische Weltorganisation einstmals konfiszierte Böden mittlerweile an palästinensische Bauern verpachten, weil jenen zu wenig Farmland und zu wenig Wasser zur Verfügung stehen. Am 04. August billigt das israelische Kabinett mehrheitlich – Justizministerin Tsipi Livni und Umweltminister Amir Peretz (beide „Die Bewegung“) enthalten sich der Stimme – einen Plan, vorrangig Finanzmittel für den Wohnungsbau, die Infrastruktur, die Erziehungs- und Kulturarbeit sowie die Sicherheit in 15 Siedlungen der Westbank zur Verfügung zu stellen. Zu ihnen gehören die Siedlungen Eshkolot und Negohot in den Süd-Hebron-Bergen sowie Rehelim, Sansana, Bruchin (drei ehemalige Außenlager), Nofim, Geva Benjamin, Maaleh Mishmash, Elon Moreh, Beer Ganim, Bnei Dekalim, Ganei Tal, Netzer Hazani, Nitzan und Alumot (letztere im Jordantal). Sie alle liegen außerhalb der sogenannten drei Siedlungsblöcke, auf deren Annexion die israelische Politik im Falle eines Friedensvertrags mit den Palästinensern bestehen will.

Am 06. Juli berichten Herb Keinon und Jonathan Lis in der „Jerusalem Post“ und in „Haaretz“, dass die israelische Regierung keinesfalls bereit sei, die „Territorialklausel“ im EU-Papier vom 16. Juni zu unterzeichnen, die auf Ost-Jerusalem, die Golanhöhen – beide annektiert 1980 bzw. 1981 – sowie auf Aktivitäten jenseits der einstigen Grünen Linie zu akzeptieren. Außerdem wolle „rote Linien“ ziehen, an denen sich die israelische Beteiligung an dem EU-Programm „Horizon 2020“ entscheidet, das mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro dem Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Entwicklung zugutekommen soll. Dazu trägt Israel 600 Millionen Euro bei und erhält über verschiedene Mechanismen 900 Millionen Euro zurück.

Nachdem sich Saeb Erakat am 08. August in einem Brief bei John Kerry über die neuen Siedlungspläne beschwert und Machmud Abbas gegenüber Journalisten in Kairo die Präsenz jüdischer Israelis in einem Staat Palästina ausgeschlossen hat, beklagt sich Benjamin Netanjahu am 10. August in Washington darüber, dass die Palästinenser weiterhin auf der Auslöschung Israels bestehen würden. Am 11. August kündigt das israelische Wohnungsbauministerium die Ausschreibung von weiteren 783 Wohneinheiten in Ost-Jerusalem an, so in Gil (400), Har Homa (210) und Pisgat Zeev (183). Außerdem sei der Bau von 394 Wohneinheiten in den Westbank-Siedlungen Efrat, Maaleh Adumim und Beit Illit geplant, die im Zuge eines Vertrages bei Israel bleiben sollen.

Um die Bemühungen von US-Außenminister John Kerry bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu unterstützen, reist Bundesaußenminister Guido Westerwelle am 11./12. August zu einem zweitägigen Gesprächen nach Jerusalem mit Staatspräsident Shimon Peres, Ministerpräsident Benjamin

Netanjahu und Justizministerin Tsipi Livni sowie nach Ramallah mit Präsident Machmud Abbas und dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Rami Hamdallah. Deutschland und Europa würden flankierend alles tun, damit die neuen Friedensgespräche Erfolg hätten, heißt es dazu in Berlin. Ergänzend soll in Jerusalem auch über das Projekt „Horizon 2020“ gesprochen werden. In der gemeinsamen Pressekonferenz am 11. August im Jerusalemer King David-Hotel verwarft sich Livni gegen europäische Einmischungen in israelische Angelegenheiten. Westerwelle betont erneut die Unterstützung der Friedensinitiative seines US-amerikanischen Amtskollegen John Kerry. Sein Gespräch mit Netanjahu entfällt, weil dieser mit einem Leistenbruch ins Krankenhaus eingeliefert wurde. In der israelischen Presse wird Westerwelles Besuch kaum wahrgenommen.

Am 26. Juli sagt die Autonomiebehörde nach dem Tod dreier Palästinenser am Morgen im Flüchtlingslager Kalandia die für den Nachmittag geplante neue Gesprächsrunde mit der israelischen Delegation in Jericho vorläufig ab. Die israelische Grenzpolizei hatte das Feuer eröffnet, als sie bei dem Versuch, einen verdächtigen Palästinenser festzunehmen, nach israelischen Darstellungen mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen wurde.

Gegenüber Bundesaußenminister Guido Westerwelle beklagt Benjamin Netanjahu am 12. August in Jerusalem, dass die europäischen Sanktionen den Friedensprozess beschädigen. Die Palästinenser wollten eine Lösung ohne Verhandlungen.

Am 30. August trifft Tsipi Livni erneut mit Saeb Erakat in Jerusalem zusammen. Nach Angaben Erakats hat es keine Fortschritte gegeben. Die nächste Runde soll am 03. September stattfinden.

Sollten die USA wie im Falle Ägyptens keinen größeren Druck auf Israel ausüben, würden die gegenwärtigen israelisch-palästinensischen Verhandlungen nutzlos bleiben, erklärt Yasser Abed Rabbo, ein enger Berater von Präsident Machmud Abbas, am 04. September in einem Rundfunkinterview. Der Siedlungsbau werde fortgesetzt und zerstöre jede Chance für eine Vereinbarung. Am 05. August meldet die Nachrichtenagentur „Associated Press“, dass die israelische Delegation unter Leitung von Justizministerin Tsipi Livni die Schaffung eines Staates Palästina in 60 Prozent der Westbank vorgeschlagen habe. Nach anderen Berichten hat Israel bislang keine Angebote auf den Tisch gelegt.

Am 07. September fordert US-Außenminister John Kerry unter Verweis auf die israelisch-palästinensischen Verhandlungen beim Treffen der 28 europäischen Außenminister im litauischen Vilnius (Wilna) die Europäer auf, die Umsetzung der „Guidelines“ der Europäischen Kommission zu verschieben. Daraufhin erklärt die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, dass die Kommission am 09. September ein Team nach Israel mit dem Ziel entsenden werde, damit mit den „Guidelines“ möglichst „sensibel“ umgegangen werde. Sie seien lediglich ein Papier, da die gegenwärtige EU-Position widerspiegele, betont Ashton.

Am 08. September trifft John Kerry in Paris die Ministerdelegation des Arabischen Friedensinitiativ-Ausschusses, zu dessen Mitgliedern die Außenminister und Ständigen Vertreter von *Bahrain, Ägypten, Jordanien, Marokko, Palästina, Qatar, Kuwait, Saudi-Arabien, der Vereinigten Arabischen Emirate* und der *Generalsekretär der Arabischen Friedeninitiative* gehören. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Kerry betont der Außenminister Qatars

Khaled Al-Attiya, seine Kritik an der israelischen Siedlungspolitik. Immer wenn Verhandlungen mit den Palästinensern beginnen würden, kündige die israelische Regierung den Bau neuer Siedlungen an.

Am 10. September berichtet „Haaretz“, dass der stellvertretende israelische Außenminister Zeev Elkin Behauptungen zurückgewiesen habe, die Beamten seines Hauses und die israelische Botschaft bei der Europäischen Kommission in Brüssel hätten den Prozess der Entstehung der „Guidelines“ nachlässig verfolgt. Die „Guidelines“ seien in der Entstehungsphase nur sehr wenigen Personen bekanntgemacht gewesen (vermutlich, um Durchstechereien zu verhindern). Ein interner Bericht komme stattdessen zum Ergebnis, dass die politische Führung frühe Warnungen in den Wind geschlagen habe.

Am 13. September veröffentlicht „European Coordination of Committees for Palestine“ eine Petition zur Unterstützung der „Guidelines“, die von über 6000 jüdischen Israelis unterschrieben wurde, so von den früheren Botschaftern Ilan Baruch und Alon Liel, dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Michael Ben-Yair, dem Künstler Dani Karavan, dem Autor Joshua Sobol sowie den Professoren Daniel Bar-Tal (Tel Aviv), Yaron Ezrahi (Jerusalem), Eva Illuz (Jerusalem), Menachem Klein (Bar-Ilan University), Ishay Rosen-Zvi (Tel Aviv), Zeev Sternhell (Jerusalem), Idit Zertal (Tel Aviv) und Moshe Zimmermann (Jerusalem)⁶.

Bei einem von dem palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erakat organisierten Besuch europäischer Diplomaten aus

⁶ Der Wortlaut der Erklärung „600 Israeli intellectuals send letter in support of EU-settlement guidelines“ findet sich in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.

Frankreich, Großbritannien, Spanien, Irland sowie Österreich, begleitet von Diplomaten aus Australien, und ausländischer Friedensaktivisten im Jordantal, werden diese am 20. September von israelischen Soldaten der Grenzpolizei beim Bemühen angegriffen und misshandelt, den 120 Bewohnern des Dorfes Khirbet Makhoul Hilfsgüter, Medikamente und Zelte zu bringen. 90 Prozent des Jordantals mit 37 jüdischen Siedlungen gehören zur Zone C der Westbank, die ausschließlich von Israel verwaltet wird. Am 21. September wird der Botschafter der Europäischen Union in Israel beim stellvertretenden Generaldirektor des Auswärtigen Amtes für Europa Rafi Shutz vorstellig und verlangt eine Erklärung. Shutz reagiert mit der Forderung, dass die Europäische Union solche Hilfen mit der israelischen Regierung abstimmen müsse, wenn sie den Palästinensern humanitäre Hilfen bringen wolle. Am 22. September berichten israelische Medien von offiziellen Überlegungen, die französische Diplomatin Marion Fesneau-Castaing als „persona non grata“ auszuweisen.

Nachdem am 20. September in Bat Yam südlich von Tel Aviv-Yaffo ein israelischer Soldat von einem Palästinenser getötet worden ist, mit dem er gemeinsam in einem Restaurant arbeitete, kündigt Ministerpräsident Benjamin Netanjahu an, dass er den Terrorismus mit der Stärkung der jüdischen Siedlungstätigkeit beantworten wolle.

Am 26. September kündigt US-Außenminister John Kerry die Intensivierung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen an, wobei die USA eine größere Rolle spielen würden.

Am 01. Oktober erklärt der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte beim Empfang des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres, dass sein Land nicht daran denke, die aus den jüdischen Siedlungen stammenden Produkte und

Dienstleistungen, die für den Export bestimmt sind, entsprechend markieren zu lassen. Es bleibe bei der Kennzeichnung „Made in Israel“. Mit der Ankündigung widerspricht Rutte seinem Außenminister Frans Timmermans im März 2013, der im niederländischen Parlament die Veröffentlichung von Instruktionen an Supermärkte mit der Begründung angekündigt hatte, der europäischen Gesetzgebung zu folgen.

Am 07. Oktober treffen sich die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation unter Führung von Tsipi Livni und Saeb Erakat zum neunten Mal in Jerusalem, und zwar ohne den von US-Präsident Barack Obama ernannten Gesandten Martin Indyk. Auf Obamas Druck sei vereinbart worden, die Gespräche zu intensivieren und bis auf 8 Stunden pro Tag auszudehnen, heißt es in Washington.

Am 18. Oktober trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin mit dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas zusammen. Im Zentrum stehen die aktuellen palästinensisch-israelischen Verhandlungen. Merkel sichert Abbas die weitere wirtschaftliche Unterstützung zu und verweist darauf, dass in diesem Jahr 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt würden. Mit Investitionen solle die Wirtschaftsstruktur in der Westbank weiter gestärkt werden, so dass der Wohlstand auf Dauer tragfähig werde. Außerdem fordert Merkel ihren Gast auf, den innerpalästinensischen Prozess der Versöhnung weiterzuführen. Im Interview mit der Deutschen Welle verneint Abbas die Frage, dass die Verhandlungen mit Israel in der Sackgasse stecken, verweigert aber eine Antwort, ob der Prozess durch die Siedlungspolitik zerstört werde, mit der Begründung, dass er nicht über den Inhalt der Verhandlungen sprechen könne; US-Außenminister John Kerry hatte vor Beginn der Verhandlungen auf dem Recht bestanden, dass nur

Washington darüber Auskunft geben dürfe. Israels ehemaliger Außenminister Avigdor Lieberman, der heute dem Auswärtigen und Sicherheitsausschuss der Knesset vorsitzt, erklärt erneut, dass Abbas kein Partner für den Frieden sei.

Am 22. Oktober bestätigt der Minister der Autonomiebehörde, der für den „Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction (PECDAR)“ verantwortlich ist, Muhammad Stayyeh, einen Bericht der Weltbank und rechnet vor, dass der israelische Gewinn aus dem Export von Produkten aus den Siedlungen im Jordantal jährlich 550 Millionen Euro betrage. Davon gingen Produkte im Wert von 230 Millionen Euro nach Europa, während der Wert der palästinensischen Produkte lediglich 15 Millionen Euro ausmache. Hätten 1967 rund 250.000 Palästinenser im Jordantal gelebt, seien es heute kaum mehr als 70.000. Bei der Begegnung mit dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy in Brüssel fordert der palästinensische Präsident Machmud Abbas am selben Tag die Europäer auf, die „Guidelines“ der EU-Kommission zum 01. Januar 2014 in Kraft zu setzen.

Nach einem Exklusivbericht von „Haaretz“ vom 13. November hat die israelische Regierung am 11. November prinzipiell die Geltung der „Guidelines“ der Europäischen Kommission vom Juli – erarbeitet von Christian Berger, dem Leiter der nahost-Abteilung der EU-Kommission, und Pierre Vimont, dem Stellvertreter der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton –, anerkannt, um an dem gemeinsamen europäischen Nahostprogramm „Horizon 2020“ teilnehmen zu können. Gemäß der Brüsseler Direktive dürfen EU-Einrichtungen an israelische Unternehmungen keine Finanzierungen und Kredite vornehmen oder Stipendien und Preise vergeben, wenn sie mit den Siedlungen in Verbindung stehen. Von israelischer Seite werde allerdings verlangt, dass die künftigen Grenzen zu einem

künftigen Staat Palästina verhandelt werden müssten. Strittige Punkte sollen bis Ende dieser Woche ausgeräumt sein.

Am 26. November 2013 berichtete „Haaretz“, dass die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und Israel über die Direktive („Guidelines“) vom Juni 2013 stocken. Damit stehe auch die Beteiligung Israels am Projekt „Horizon 2020“ auf dem Spiel. Nach zwei Dringlichkeitssitzungen weist Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am Abend seine Diplomaten an, darauf hinzuwirken, dass an der Direktive Korrekturen vorgenommen werden. Darauf solle Justizministerin Tsipi Livni bei der Begegnung mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton hinwirken. Zuvor verwahrte sich Außenminister Avigdor Lieberman gegen eine „Kapitulation“ Israels.

Nach einem Marathon-Telefonat zwischen Livni und Ashton einigten sich beide am späten 26. November auf einen Formelkompromiss. Danach wird in einem Anhang festgehalten, dass die Europäische Union auf den „Guidelines“ besteht, wonach keine Mittel in israelische Unternehmungen in der Westbank, in Ost-Jerusalem und auf den Golanhöhen fließen. In einem zweiten Anhang hält die israelische Regierung fest, dass sie mit den „Guidelines“ aus völkerrechtlichen und politischen Gründen nicht damit einverstanden sei. Beide Seiten würden Vorgehensweisen prüfen, dass die EU-Mittel nicht in die oben bezeichneten Gebiete fließen. Die Absprache zwischen Livni und Ashton bedarf noch der Zustimmung der israelischen Regierung und der EU-Kommission. Die „Jerusalem Post“ meldet zusätzlich, dass die EU bereits vor dem 26. November Flexibilität gezeigt und zugestimmt habe, dass israelische Unternehmen keine Erklärung über die Verwendung der Mittel innerhalb der „Grünen Linie“ unterzeichnen, sondern lediglich erklären müssten, dass sie sich an die „Guidelines“ halten.

Außerdem heißt es in dem Blatt, dass Ashton von Seiten einiger europäischer Regierungen unter Druck geraten sei, Israel die Beteiligung an dem Projekt „Horizon 2020“ zu ermöglichen.

Auf Betreiben der Außenminister Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Spaniens und Italiens und in Abstimmung mit US-Außenminister John Kerry beabsichtigt die Europäische Union nach Presseberichten, am 16. Dezember ein großzügiges Hilfspaket für Israel und die Palästinenser auf dem Weg zu einem Endstatus-Vertrag anzukündigen. Danach soll den beiden Staaten nach dem Vorbild der EU-Türkei-Beziehungen eine „privilegierte Partnerschaft“ angeboten werden. Zu den EU-Angeboten würden zählen der erweiterte Zugang zu den Märkten Europas, engere kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen, Erleichterungen für Handel und Investitionen, Förderung von Beziehungen von Unternehmen zu Unternehmen, Verstärkung des politischen Dialogs und Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit.

Hans-Christian Rößler berichtet am 31. Januar 2014 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass Israels Finanzminister Yair Lapid in der Knesset vor einem Scheitern der Verhandlungen mit der Autonomiebehörde gewarnt habe. Würde dies geschehen, drohe ein europäischer Boykott bis hin zur Suspendierung des Assoziierungsabkommens, die Tausende Arbeitsplätze und Exporterlöse von mehreren Milliarden US-Dollar zur Folge haben könnte. Bisher hätte, so Rößler weiter, der niederländische Pensionsfonds PGGM seine Anteile an fünf israelischen Banken verkauft, weil diese auch in den jüdischen Siedlungen der Westbank tätig seien. Außerdem würden der niederländische Pensionsfonds ABP, der zweitgrößte der Welt, und zwei nordeuropäische Fonds prüfen, ob sie dem PGGM-Beispiel folgen sollen. Im Dezember 2013

hatte das niederländische Wasserversorgungsunternehmen „Vitens“ die Zusammenarbeit mit dem israelischen Pendant „Mekorot (Quellen)“ gekündigt. Nach den Ausführungen Lapid würde der europäische Boykott für jeden Israeli im Geldbeutel spürbar sein. In Regierungskreisen zeige man sich besonders darüber besorgt, dass Deutschland seine bisherige Zurückhaltung aufgeben.

„Haaretz“ und die „Jerusalem Post“ bestätigen am 01. Februar 2014 eine Meldung der israelischen Internet-Plattform „Walla“, dass die größte dänische Bank, die „Danske Bank“, und die schwedische „Nordea Bank“, die größte in Skandinavien, ihre Geschäftsverbindungen zur israelischen Bank „Bank Hapoalim (Arbeiterbank)“, eine Gründung der Gewerkschaft „Histadrut (Organisation)“, wegen deren Geschäftsbeziehungen in die Siedlungen der Westbank aufgeben wollen. Die „Jerusalem Post“ zitiert den Abgeordneten der Arbeitspartei Nachman Shai mit den Worten, dass Israel vor einem „wirtschaftlichen Tsunami“ stehe und der Boykott schon den „point of no return“ überschritten habe.

Kommentare & Reaktionen

Der ehemalige Außenminister Shlomo Ben-Ami betont, dass die „Guidelines“ die Besetzung delegitimieren, nicht den Staat Israel. Auf die Forderung David Perls vom 16. Juli, die Zone C der Westbank zu annektieren, reagiert Carlo Strenger mit dem Hinweis, dass der dortigen palästinensischen Bevölkerung (es handelt es sich etwa 150.000) die vollen politischen Rechte gegeben werden müssten. Ari Shavit ergänzt, dass der „diplomatische Tsunami“, der jetzt auf Israel zürase, auf die Siedlungspolitik in allen Teilen Palästinas zurückzuführen sei

und die ganze Welt provoziert habe. „Der Gegensatz zu unserer Zugehörigkeit zum 21. Jahrhundert zu unserem störrischen Festhalten an den Kolonialwerten des 19. Jahrhundert liegen jetzt auf dem Tisch. ... Das zionistische Beharren auf der Zerstörung des Zionismus in der Westbank wird letztlich dazu führen, dass wir uns wie Rhodesien definieren.“

Jack Khoury berichtet nach Gesprächen in Ramallah, dass alle ein bisschen müde, ausgebrannt, erschöpft, bitter und skeptisch seien, nachdem die Palästinenser seit der Friedenskonferenz in Madrid Ende Oktober 1991 durch die Hölle von Erwartungen und Enttäuschungen gegangen seien. Wenn Abbas auch diesmal scheitern sollte, käme dies seinem politischen Selbstmord und dem seines Teams nahe, wie dies auf der Sitzung des Exekutivausschusses der PLO am 17. Juli deutlich geworden sei. Mustafa Barghouti von der „Palestinian National Initiative“ lehnt neue Verhandlungen ab, weil sie ohne einen klaren und spezifischen Rahmen verlaufen würden. Yossi Verter zitiert Netanjahus stolze Worte gegenüber seinen Ministern am 20. Juli: „Ich habe die Palästinenser vom Baum der Vorbedingungen heruntergeholt; ich habe keinem weiteren Einfrieren beim Siedlungsbau zugestimmt; ich habe mich geweigert, 120 Gefangene freizulassen, bevor die Gespräche beginnen, und die Grenzen von 1967 werden nicht erwähnt.“ Für Chemi Shalev ist die Wiederaufnahme der Gespräche von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil der Teufel im Detail stecke.

Yossi Beilin spricht sich dafür aus, dass die Osloer Vereinbarungen mit einem Staat Palästina in vorläufigen Grenzen neues Gewicht bekommen könnten, wenn eine Interimsvereinbarung scheitern sollte. Nach Beilins Auffassung würden die Verhandlungen zwei bis drei Jahren (wobei sich die Amtszeit Obamas dem Ende nähern würde und er nur noch

geringen Einfluss auf die Gespräche nehmen könnte) in Anspruch nehmen, wobei Palästina mindestens 60 Prozent der Westbank umfassen müsste. Für Amira Hass kommen die angekündigten EU-Sanktionen zumindest 15 Jahre zu spät. Ohne seinen Namen zu nennen, wirft sie Abbas vor, dass er einsame Entscheidungen fälle und sich um das Urteil der Menschen nicht kümmere.

Eine Umfrage vom 23. Juli, die „Haaretz“ einen Tag später veröffentlicht, ergibt folgendes Meinungsbild: 69 Prozent glauben, dass eine dauerhafte Regelung als Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen unwahrscheinlich ist, 6 Prozent halten sie für möglich. 59 Prozent der Befragten sind nicht davon überzeugt, dass das Bekenntnis Netanjahus zur Zwei-Staaten-Lösung echt ist, 34 Prozent antworten mit Ja. Würde heute die Knesset neu gewählt, würde die Partei „Unser Haus Likud“ – die Liste aus „Likud“ und Avigdor Liebermans „Unser Haus Israel“ – erneut 31 Mandate erzielen. Die Arbeitspartei mit Shelly Yachimovich würde von 15 auf 17 Sitze klettern, auch die Partei „Das jüdische Haus“ von Naftali Bennett würde drei Mandate hinzugewinnen (15 statt 12), dagegen die Partei „Es gibt eine Zukunft“ von Yair Lapid von 19 auf 16 Sitze fallen. Die „Sefardischen Thorawächter“ würden drei Sitze hinzugewinnen (15 statt 12). Auch „Meretz“ würde sich von 6 auf 9 Sitze verbessern, die arabischen Parteien würden einen Sitz hinzugewinnen (12 statt 11), während Tsipi Livnis Partei „Die Bewegung“ die Hälfte ihrer Mandate verlieren würde (3 statt 6).

Yoel Marcus referiert am 26. Juli in „Haaretz“ Stimmen zur Frage, ob es Netanjahu mit einem Rückzug aus Teilen der Westbank ernst meine. Während der ehemalige Verteidigungsminister Ehud Barak ihm diesen Willen zuspreche, würden Beobachter aus dem Umfeld Netanjahus diesen mit dem

früheren Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir vergleichen – er wolle Zeit gewinnen.

Nach einer „Gallup“-Umfrage zwischen dem 21. Mai und 04. Juni – also zwei Wochen vor der Ankündigung John Kerrys neuer Verhandlungen mit Israel am 19. Juli –, aus der „Haaretz“ zitiert, vertreten 74 Prozent der Palästinenser die Auffassung, dass es die USA mit der Vermittlung eines Friedens nicht ernst meinen. 66 Prozent vertrauen den USA nicht.

In einem Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ am 01. August beklagt der frühere israelische Botschafter in Berlin Shimon Stein die „Hilflosigkeit“, „die Ratlosigkeit, die Unentschlossenheit“ und den „Zickzackkurs“ der europäischen und US-amerikanischen Außenpolitik im Blick auf Ägypten und Syrien. „Taten werden durch Rhetorik ersetzt.“ Stein verzichtet darauf, diesen Vorwurf auch auf Israel zu beziehen. Am selben Tag berichtet der Londoner „Guardian“, dass die palästinensische Delegation mit geringer Vorbereitung, Null-Fakten und Zahlen sowie mit leerer Rhetorik nach Washington gereist sei. Der Auftritt Saeb Erakats mit John Kerry und Tsipi Livni am 30. Juli sei weit von der Realität und vom täglichen Leben des palästinensischen Volkes entfernt.

In einem Beitrag für den Londoner „Observer“ am 03. August warnt Tony Blair als Sonderbotschafter des Nahost-Quartetts vor dem Glauben, dass der Status quo in der Region halten werde, wie die Beispiele Irak, Tunesien, Libyen, Ägypten und Syrien zeigen. Der israelisch-palästinensische Konflikt sei in diesem Zusammenhang ein Test für die Fähigkeit der Region, eine andere und bessere Zukunft zu schaffen. Blair fordert „die USA und andere internationale Partner“ auf, sich voll für den positiven Ausgang der Verhandlungen einzusetzen.

Auf persönliche Nachfrage schrieb Walid Salem, Direktor des palästinensischen „Center for Democracy and Community Development“ in Ost-Jerusalem, der am 31. Juni an einem Treffen mit israelischen Abgeordneten der Knesset im dortigen Gebäude teilgenommen hatte:

„Based on an organization by our EU funded project on the API [Arab Peace Initiative Project], 5 Palestinians including myself visited the Knesset in Wednesday the 31st of July and met three Israeli Ministers, one deputy Minister and with 33 Knesset members representing all the parties of the Knesset except of two parties that were not represented in the room, these two are the Likud and the Jewish Home, all the other parties who has 77 seats in the Knesset attended and all said yes to the two-states solution, and supported the resumption of the negotiations. The two hours meeting was in the shape of [the] press conference that was open to the media, more than 30 media agencies attended, and all in the room talked in support of peace and the two-states solution to the media. Two important significances of the meeting: First: the Palestinian flag was raised besides the Israeli flag for the first time ever in the history of the Knesset, which will create a lot of discussions inside the Knesset and outside now about it. Second: that there are 77 Knesset members who are supporting the two-states solution and representing a crucial majority. Now the Likud members have to join them. In order to build on the second point and to keep the momentum we agreed to meet again in Ramallah in a date to be decided soon, and to develop a plan to work together for promoting peace in both societies.“

In einem Gastbeitrag für „Spiegel online“ am 06. September schreibt Alon Liel, ehemals Generalsekretär im Jerusalemer Auswärtigen Amt und langjähriger Diplomat und Unterhändler seines Landes, so auch zum Thema „Golanhöhen“, zu den gegenwärtig israelisch-palästinensischen Verhandlungen: „Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist von einer

weitreichenden Asymmetrie gekennzeichnet. Dabei steht Israel in jeder Hinsicht auf der stärkeren Seite und tut alles, um dieses Ungleichgewicht aufrechtzuerhalten. Deshalb will Israel die Amerikaner [vertreten durch den Diplomaten und früheren Botschafter in Tel Aviv Martin Indyk] auch nicht im Verhandlungszimmer dabei haben. Denn das könnte die Palästinenser vielleicht stärken und Israels Position, die einem Machtmonopol nahekommt, schwächen. Bei ihren Gesprächen über den Nahost-Friedensprozess in den kommenden Tagen [in Vilnius] sollten die EU-Außenminister und John Kerry erkennen, dass die bisherigen Friedensbemühungen gescheitert sind, weil von zwei gleichstarken Parteien ausgegangen wurde. Sie sollten erkennen, dass der Nahost-Friedensprozess nicht zum Frieden führen wird, solange die internationale Gemeinschaft sich auf die Vermittlerrolle beschränkt. Daraus lässt sich ganz klar die Lehre ziehen: Die internationale Gemeinschaft muss jetzt Verantwortung übernehmen und am Verhandlungstisch Platz nehmen.“ Alon fährt fort: „Jetzt muss die EU unbedingt auf der Umsetzung der Richtlinien ‚Guidelines‘ der EU-Kommission bestehen, auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Beteiligung Israels an „Horizon 2020“, dem EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation. Die EU darf dem israelischen Druck nicht nachgeben und sie nicht verwässern.“

Am 15. September fordern 25 frühere hochrangige europäische Regierungsmitglieder und politische Beamte im Rahmen der „European Eminent Persons Group“ die EU-Außenminister auf, an den „Guidelines“ und dem Projekt „Horizon 2020“ festzuhalten. „Mit großer Sorge“, heißt es in dem Brief, „verfolgen wir jüngste Aufrufe, die Guidelines der Europäischen Kommission bei der Finanzierung israelischer Einrichtungen in den Gebieten, die seit Juni 1967 besetzt sind, zu verschieben, zu modifizieren oder gar zu suspendieren. Wir fordern Sie auf, an

der [eingegangenen] Verbindlichkeit (*„commitment“*) festzuhalten“, heißt es weiter. Die „Guidelines“ seien das Minimum, was die Europäische Union tun könne, an ihrer eigenen Gesetzeslage festzuhalten und die europäischen Steuerzahler nicht für die Siedlungen in Haftung zu nehmen⁷.

Am 09. September berichtet Yossi Beilin in „Haaretz“, dass er am 29. April 1992 erstmals Terje Rod-Larsen, den Direktor des „Fafo Institute for Applied International Studies“ in Oslo getroffen habe. Das Treffen habe den Beginn von Geheimgesprächen eingeleitet, nachdem dieser eine Begegnung mit Faisal Husseini, dem Repräsentanten der PLO in Ost-Jerusalem, vorgeschlagen habe. Erst nachdem sich erwiesen habe, dass es tatsächlich einen palästinensischen Gesprächspartner gebe, habe er, Beilin, Außenminister Shimon Peres informiert, der wiederum sofort Ministerpräsident Yitzhak Rabin in Kenntnis gesetzt habe. Wenn dieser nicht von Yigal Amir am 04. November 1995 ermordet worden wäre, so Beilin weiter, wäre es am 04. Mai 1999 zum Friedensvertrag gekommen.

Nach der Absprache zwischen Tsipi Livni und Catherine Ashton vom 26. November weist Gideon Levy am 01. Dezember auf die Absurdität hin, dass Livnis Justizministerium in der Salah-Eddin-Straße in Ost-Jerusalem liegt und dass von den begrenzten Sanktionen der Europäischen Kommission nur die Siedlungen, nicht jedoch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Israels wie eine Bank, eine Universität, eine Verwaltung oder ein Gesundheitszentrum betroffen sein sollen, die allesamt in der Westbank und in Ost-Jerusalem tätig sind. Außerdem sei, so Levy weiter, wie – damals während der

⁷ Text der Erklärung mit deutscher Zusammenfassung unter www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_erklaerungen/EEPG-Israel_15.09.13.pdf

Apartheid in Südafrika – der gesamte Staat für die von ihm bezahlten, organisierten und gefälligen Siedlungen verantwortlich. „Nicht sie, sondern wir alle sind schuldig.“

Am 02. Dezember lässt sich der ehemalige Verteidigungs- und Außenminister Moshe Arens mit der Einschätzung vernehmen, dass die israelischen Einnahmen aus den Rüstungsexporten die entgehenden Zuweisungen aus dem „Horizon 2020“-Programm allemal aufwiegen würden. Noch nie sei eine derart unqualifizierte Frau wie Catherine Ashton, versteckt sich Arens hinter einen BBC-Journalisten, in eine solche Aufgabe [wie die als EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragte] berufen worden. Sicher verstehe Angela Merkel als Naturwissenschaftlerin, dass die Sanktionen gegen Israel völlig verfehlt seien, aber wahrscheinlich sei sie von Brüssel oder Ashton gar nicht konsultiert worden.

Der israelische Menschenrechtsanwalt Michael Sfard berichtet am 03. Dezember 2013 in „Haaretz“ von israelischen Jugendgruppen, die im vergangenen Monat zwei oder drei Mal auch nachts in Häuser des palästinensischen Dorfes Burin (Westbank) mit Steinen und Molotow-Cocktails eingedrungen sind, um die Bewohner zu vertreiben und neuen jüdischen Wohneinheiten Platz zu machen. Schätzungsweise ein Viertel der Palästinenser hätte in den vergangenen zehn Jahren den Wohnort verlassen. Sfard beklagt, dass die Konzentration der EU-„Guidelines“ vom Juni 2013 nur die politische Dimension von Friedensverhandlungen ansprechen und deshalb dem Handeln der Regierung in Jerusalem freien Lauf einräumen, ohne die Menschenrechtsverletzungen, die Requirierung von Bodenflächen, die Zerstörung von Baumbeständen, die Ressourcenausbeutung und die ökologischen Schäden des forcierten Siedlungsbaus in den Blick zu nehmen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Yesh Din (Es gibt

ein Recht)“ seien zwischen 2005 und 2013 nicht weniger als 90 Prozent der Beschwerden gegen Siedler niedergeschlagen worden. In 97,4 Prozent der 200 Angriffe auf Baumbestände habe die israelische Polizei die Täter nicht dingfest gemacht. Deshalb seien die „Guidelines“ nicht ernst zu nehmen. Vielmehr seien sie ein verspäteter Versuch, der historischen und juristischen Straffälligkeit dieser Verbrechen aus dem Wege zu gehen, für die alle verantwortlich seien: die Siedler, ihre Helfer und jene, die sie möglich machen. „Es ist an der Zeit, unsere Ohrstöpsel herauszunehmen und auf die Töne zu hören, die aus dem Shtetl Burin kommen. Wir könnten bekannte Töne aus unserer kollektiven Vergangenheit vernehmen“, schließt der Autor seinen Beitrag.

Amira Hass berichtet am 03. Dezember, dass zumindest fünf israelische Unternehmen mit wirtschaftlichen Verbindungen in die Westbank zwischen dem 07. und 09. Dezember am „Netherlands-Israel Forum“ in Herzliyah unter Beteiligung von Ministerpräsident Mark Rutte und Außenminister Frans Timmermans teilnehmen wollen, wie der Website der Botschaft der Niederlande in Tel Aviv zu entnehmen sei. Damit würden die Niederlande den Vorgaben der EU-„Guidelines“ widersprechen. Im Parlament habe Timmermans ausgeführt, dass für die niederländische Regierung Israel an der „Grünen Linie“ von 1967 ende, aber die israelischen Veranstalter nicht darauf verpflichten könne, beteiligungswillige Unternehmen vom „Forum“ auszuschließen. Auf Anfrage habe ein Sprecher des Außenministeriums in Den Haag erklärt, dass seine Botschaft niederländische Unternehmen über die offizielle Politik Den Haags unterrichten werde, sollte sie in den Siedlungen tätig werden.

Jüdische Siedler transportieren nach einem Bericht der palästinensischen Nachrichtenagentur ebenfalls am 03.

Dezember Stühle und andere Möbelstücke in ein Haus neben der Ibrahim-Moschee in Hebron. Befürchtet werde, dass dort eine jüdische Gebetsstätte entstehen solle.

Nach einem Bericht der „Jerusalem Post“ am 07. März 2014 haben EU-Beamte israelischen Journalisten in Brüssel versichert, dass gemäß den „Guidelines“ der EU-Kommission und dem „Horizon 2020“-Programm keine Absicht bestehe, Israel wegen seiner Siedlungspolitik zu boykottieren. So hätte Israel bis Ende 2013 im Rahmen des „Seventh Framework Program for Research and Technological Development (FP-7)“ durch die Beteiligung an 1.536 Projekten Mittel in Höhe von 782 Millionen US-Dollar erhalten. Das Blatt zitiert die für die „Grünen“ im Europäischen Parlament sitzende dänische Abgeordnete Margrete Auken mit den Worten, dass die Ablehnung der Siedlungspolitik nicht mit einem Boykott Israels verwechselt werden dürfe.

Quellen:

Andreas Michaelis: The need to distinguish between fabrication and fact, in „The Jerusalem Post“ 16.06.2013, *Barak Ravid: EU: Future agreements with Israel won't apply to territories*, in „Haaretz“ 16.07.2013; *Tovah Lazaroff: Settler leaders: Israel should ban EU projects in Area C*, in „The Jerusalem Post“ 16.07.2013; *Lahav Harkov and JPostCom Staff: Right-wing MKs: EU decision racist, we will build more in settlements*, in „The Jerusalem Post“ 16.07.2013; *PLO official lauds EU settlement ban as positive move for peace*, in „The Jerusalem Post“ 16.07.2013; *Herb Keinon: Netanyahu slams new EU settlement directives*, in „The Jerusalem Post“ 16.07.2013; *Jodi Rudoren: Israel Condemns New European Union Rules on Territory Seized in 1967 War*, in „The New York Times“ 16.07.2013; *John Kerry, Secretary of State: Remarks With Jordanian Foreign Minister Nasser Judeh After Their Meeting, Amman, 17 July 2013*; *Nehemia Shtrasler: Getting in a terrible state*, in „Haaretz“ 16.07.2013; *Harriet Sherwood: EU takes tougher stance on Israeli settlement*, in „The Guardian“ 16.07.2013. *Israel streitet mit EU über Millionen-Fördergeldern*, in „Die Welt“ 16.07.2012; *Chaim Levinson: Planning and construction in West Bank is a free-for-all, state*

comptroller finds, in „Haaretz“ 17.07.2013; Barak Ravid: Netanyahu to ask EU leaders: Help postpone EU guidelines on Israeli settlements, in „Haaretz“ 17.07.2013; Herb Keiron: Netanyahu to push for EU freeze on publication of new guidelines, in „The Jerusalem Post“ 17.07.2013; Barak Ravid: Britain wanted EU guidelines to apply to every Israeli beyond Green Line, in „Haaretz“ 18.07.2013; Barak Ravid: Peres to EU: Peace talks with Palestinians within ‘reach’, don’t publish settlement guidelines, in „Haaretz“ 18.07.2013; Barak Ravid: Israeli envoy: EU formed guidelines ‘under the radar’, broke promise to show us draft, in „Haaretz“ 02.08.2013.

Carlo Strenger: Lessons from the EU guidelines: Israel’s right-wingers suffer from learning difficulties, in „Haaretz“ 18.07.2013; Ari Shavit: Israel’s crash into the diplomatic iceberg, in „Haaretz“ 18.07.2013.

Jonathan Lis: Bennett threatens to leave Netanyahu government over peace talks on ‘67 lines, in „Haaretz“ 18.07.2013; Uri Misgav: Bennett’s reign of terror on Israel in „Haaretz“ 21.07.2013; Barak Ravid: Israel warns EU ambassadors of serious crisis over new settlement guidelines, in „Haaretz“ 18.07.2013; Nehemia Shtrasler: EU guidelines: a point of no return, in „Haaretz“ 18.07.2013; Yair Lapid: Europe’ Stance on Settlements Is a Blunder, in „The New York Times“ 18.07.2013; Barak Ravid: Despite Israeli objections: EU officially publishes new settlement guidelines, in „Haaretz“ 19.07.2013; Alan Baker: The European Union – Hypocrisy, Hostility and Blatant Prejudice, in „Jerusalem Center for Public Affairs“ 18.07.2013; Reuters: Obama urges Netanyahu to resume peace negotiations with Palestinians, in „The Jerusalem Post“ 19.07.2013.

Jack Khoury and Barak Ravid: Majority of Palestinian leadership reluctant to resume peace talks, official says, in „Haaretz“ 19.07.2013; Settler pillaging the state, in „Haaretz“ 19.07.2013; Livni: No reason for any Zionist party to oppose renewal of peace negotiation, in „Haaretz“ 19.07.2013; Jack Khoury: If peace talks fail: Abbas will have to answer to Palestinian people, not Kerry, in „Haaretz“ 20.07.2013; Khaled Abu Toameh: Palestinian factions see resumption of peace talks as a ‘political suicide,’ in „The Jerusalem Post“ 20.07.2013; Chemi Shalev: John Kerry: From Mr. Bean’s Ultimate Disaster to Tom Cruise’s Mission, in „Haaretz“ 21.07.2013⁸.

Yossi Verter: Netanyahu’s peace offering buys him time, but land partition is unavoidable, in „Haaretz“ 21.07.2013.

Yossi Beilin: Preparing for Plan B, in „Open Zion“ 22.07.2013; Amira Hass: After the peace talks fail.

⁸ Shalev verweist auf die Figur von Mr. Dean in dem Film „The Ultimate Disaster“ und auf Mr. Jason Bourne in „Mission Impossible“.

Chaim Levinson: Israel pushing ahead with grandiose West Bank railway plan, ignoring political borders, in „Haaretz“ 24.07.2013; Poll: 59% Netanyahu not committed to 2 state solution, 56% most appropriate to be PM, in „Haaretz“ 26.07.2013; Barak Ravid: Israel to limit West Bank tenders to 1,000 housing units during peace talks, in „Haaretz“ 26.07.2013; Steinitz: Israel ready to make ‘serious territorial concessions’ as part of peace deal, in „Haaretz“ 26.07.2013.

Chaim Levinson: EU diplomats included in Civil Administration planning session, in „Haaretz“ 26.07.2013; EU ‘concerned’ by Israeli restrictions on its activities in West Bank, in „The Jerusalem Post“ 27.07.2013; Israel versagt EU die Kooperation, in FAZ 27.07.2013, S. 5.

Yoel Marcus: Referendum bei uns und bei ihnen [den Palästinensern], in „Haaretz“ 26.07.2013 (Hebr.)

Gallup poll: Majority of Palestinians doubt U.S. able to broker peace deal with Israel, in „Haaretz“ 27.07.2013; ‘Palestinians say Kerry promised to nix any Israeli attempt for interim deal’, in „The Jerusalem Post“ 28.07.2013.

Jonathan Lis and Barak Ravid: Israeli cabinet approves bill to protect Referendum Law from courts, in „Haaretz“ 29.07.2013; Greer Fay Cashman: Peres asks EU to ‘exercise restraint’ and allow peace process to develop, in „The Jerusalem Post“ 29.07.2013.

Senior White House Official and Senior State Department Official: Background Briefing on Israeli-Palestinian Peace Talks, Washington, DC, July 30, 2013; Barak Ravid: U.S. gave Israel, Palestinians letters of assurance in order to renew talks, in „Haaretz“ 31.07.2013.

Shimon Stein: Europa vor der Tür, in SZ 01.08.2013, S. 2, Rana Baker: The Middle East peace talks are back to disappoint, in „The Guardian“ 01.08.2013.

Amira Hass: West Bank water shortage forcing Palestinians to lease land from settlers, in „Haaretz“ 02.08.2013; Barak Ravid: Cabinet approves new development plan to benefit more Israeli settlements, in „Haaretz“ 04.08.2013.

Tony Blair: There is hope for the future amid the turmoil of the Middle East, in „The Observer“ 03.08.2013.

Herb Keiron: Israel formulating response to EU settlement guidelines before start of Horizon 2020, in „The Jerusalem Post“ 06.08.2013; Jonathan Lis: Bennett urges Israeli government to cut ties with EU over settlement guidelines, in „Haaretz“ 06.08.2013.

Barak Ravid: Netanyahu to Kerry: Palestinians inciting against Israel even after renewal of talks, in „Haaretz“ 10.08.2013; Tovah Lazaroff: Israel announces tenders for new settlement homes in West Bank, in „The Jerusalem Post“ 11.08.2013.

Barak Ravid: Netanjahu zum deutschen Außenminister: Die Sanktionen der Europäischen Union beschädigen den Friedensprozess, in „Haaretz“ 12.08.2013 (Hebr.).

Khaled Abu Toameh: Abbas says peace with Israel will be brought to a referendum for Palestinians ,everywhere“, in „The Jerusalem Post“ 02.09.2013.

Senior PA official: Peace talks with Israel are going nowhere, in „The Jerusalem Post“ 04.09.2013, S. 7.

Kerry asks EU to delay ban on entities operating from the West Bank, in „The Jerusalem Post“ 07.09.2013; Barak Ravid: EU to ensure settlement guides will not harm ties with Israel, says Ashton, in „Haaretz“ 07.09.2013.

Alon Liel: „Die EU darf dem Druck aus Israel nicht nachgeben“, in „Spiegel online“ 06.09.2013.

Arshad Mohammed: Qatar raps Israel as Kerry seeks Arab support for talks, in „The Daily Star“ (Beirut) 08.09.2013.

Barak Ravid: Deputy FM rejects report claiming government ignored EU shift on settlement, in „Haaretz“ 10.09.2013.

Reuters and Gili Cohen: European diplomats: Israeli army mishandled us, seized Palestinian aid, in „Haaretz“ 20.09.2013; Hans-Christian Rößler: Der Mann von der Konfliktlinie, in FAZ 21.09.2013, S. 7; Barak Ravid and Reuters: EU demands Israel explain altercation with diplomats, in „Haaretz“ 22.09.2013.

Yossi Beilin: Beware the extremists: Lessons from Oslo, twenty years on, in „Haaretz“ 09.09.2013.

Herb Keinon: Dutch FM defends settlement products labeling, in „Haaretz“ 14.03.2013.

Muhammad Stayyeh: The real cost of the occupation, in „Haaretz“ 22.10.2013.

Barak Ravid: Israel agrees to recognize EU ban on funding institutions in settlements, in „Haaretz“ 13.11.2013, S. 2.

Barak Ravid: Israel, EU reach compromise agreement on scientific funding, in „Haaretz“ 27.11.2013, S. 1; Herb Keinon: Jerusalem and EU agree on formula that allows Israel to join Horizon 2020 project, in „The Jerusalem Post“ 27.11.2013; Barak Ravid: PM in last-minute attempt to save R&D

pact with EU, in „Haaretz“ 26.11.2013, S. 2; Herb Keinon: PM orders continued diplomacy with EU over Horizon 2020, in „The Jerusalem Post“ 26.11.2013; Barak Ravid: Israel, EU reach compromise agreement on scientific funding, in „Haaretz“ 27.11.2013, S. 1; Herb Keinon: Jerusalem and EU agree on formula that allows Israel to join Horizon 2020 project, in „The Jerusalem Post“ 27.11.2013. Gideon Levy: Die Zeit für Sanktionen ist gekommen, in „Haaretz“ 01.12.2013 (Hebr.).

Moshe Arens: Science in the service of politicians, in „Haaretz“ 02.12.2013.

Michael Sfard: Sanctioning violence, in „Haaretz“ 03.12.2013, S. 5; Amira Hass: Dutch government's new business initiative crosses Green Line, in „Haaretz“ 03.12.2013, S. 1; M.S.: Settlers Takeover Building near Ibrahimi Mosque, WAFA 03.12.2013.

Barak Ravid: EU set to offer massive aid to Israel, Palestinians over peace deal, in „Haaretz“ 13.12.2013, S. 1.

Hans-Christian Rößler: Gratwanderung mit Gegenwind, in FAZ 31.01.2014, S. 5.

Barak Ravid: Denmark's largest bank blacklists Israel's Hapoalim over settlement, in „Haaretz“ 01.02.2014; Herb Keinon, Lahav Harkov: Danish bank boycotts Bank Hapoalim, Swedish bank asks for clarification on settlement, in „The Jerusalem Post“ 01.01.2014.

Tovah Lazaroff: EU reassures Israel over ties despite opposition to West Bank settlements, in „The Jerusalem Post“ 07.03.2014.
